



Satzung des Verbandes der Privaten Hochschulen e. V.

in der Fassung vom 19. Mai 2004
(geändert im Februar 2009 durch die Mitgliederversammlung)

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Name und Rechtsform	3
§ 2 Sitz und Geschäftsjahr	3
§ 3 Zweck des Vereins	3
§ 4 Mitgliedschaft	4
§ 5 Ausscheiden/Ausschluss eines Mitglieds	5
§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder	5
§ 7 Beitrag	6
§ 8 Organe	6
§ 9 Mitgliederversammlung	6
§ 10 Beschlüsse der Mitgliederversammlung	7
§ 11 Aufgaben der Mitgliederversammlung	7
§ 12 Vorstand	8
§ 13 Beirat	8
§ 14 Auflösung des Vereins	9

§ 1 Name und Rechtsform

- (1) Der Verein führt den Namen "Verband der Privaten Hochschulen e. V."
- (2) Er ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main einzutragen.

§ 2 Sitz und Geschäftsjahr

- (1) Der Sitz des Vereins ist Frankfurt am Main.
- (2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3 Zweck des Vereins

- (1) Zweck des Vereins ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie Bildung und Erziehung. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch die
 - Förderung von innovativen Ansätzen in Forschung, Lehre und Studium, durch Veröffentlichungen und finanzieller Unterstützung von Wissenschaftlern und Studenten in dem Doktorarbeiten begleitet werden, Grundlagenforschung initiiert und Forschungsverbünde gegründet werden. Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten sollen über die in der Wissenschaft üblichen Wege veröffentlicht werden. Je nach finanzieller Lage des Vereins, können diese Forschungsaktivitäten und Veröffentlichungen voll finanziert oder auch lediglich bezuschusst werden. Ebenso will der Verein Zuschüsse und oder Kostenübernahmen zu/von Forschungsaufenthalten, Reisekostenstipendien, geplanten Veröffentlichungen, empirischen Untersuchungen, wissenschaftlichen Konferenzen u. ä. m. finanzieren,
 - Steigerung und Sicherung der Qualität in Forschung, Lehre, Studium und Management, durch vergleichende Erhebungen und Studien, die durch eigene Mitarbeiter oder Hilfspersonen durchgeführt werden und der Allgemeinheit durch Veröffentlichungen zur Verfügung gestellt werden,
 - Förderung und Verbreitung des privaten Hochschulwesens, durch Öffentlichkeitsarbeit und die Präsenz bei wichtigen Veranstaltungen,
 - Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen und Initiierung von Begegnungsforen mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft, um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Forschung und Bildung sowie wissenschaftliche Einrichtungen zu verbessern,

- Förderung des Austausches und der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, durch die Initiierung von Konferenzen, Arbeitsgruppen und sonstigen gemeinsame Veranstaltungen.
- (2) Der Verein verfolgt keinen eigenwirtschaftlichen Zweck. Er ist selbstlos tätig. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (3) Der Verein darf keine Person durch Ausgaben, die seinen Zwecken fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.
- (4) Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 4 Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Vereins können privatrechtlich verfasste und andere nicht in unmittelbarer staatlicher Trägerschaft stehende oder vergleichbare Hochschulen sein in der Regel vertreten durch ihren Präsidenten/Rektor, die die folgenden Voraussetzungen erfüllen und ihren Sitz im deutschsprachigen Raum, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und Schweiz, haben:
 - a) Die Hochschule muss staatlich anerkannt sein.
 - b) Die Hochschule muss sich zur Selbstbestimmtheit in Forschung und Lehre bekennen.
 - c) Die Hochschule muss die von diesem Verband formulierten Qualitätsstandards anerkennen.
 - d) Die Hochschule muss mindestens zwei Studienjahrgänge graduiert haben.
- (2) Die Mitgliedschaft kann entweder als Vollmitgliedschaft oder als Gastmitgliedschaft bestehen.
- (3) Der Aufnahmeantrag ist schriftlich an den Vorstand zu richten.
- (4) Mit der Aufnahme erkennt das Mitglied die Satzung des Vereins an.

§ 5

Ausscheiden/Ausschluss eines Mitglieds

- (1) Ein Mitglied scheidet aus dem Verein aus
 - a) bei ordentlicher Kündigung der Mitgliedschaft zum Ende des Kalenderjahres und bei außerordentlicher Kündigung aus wichtigem Grund mit Zugang der Kündigungserklärung. Entrichtete Mitgliedsbeiträge werden nicht erstattet.
 - b) Bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen mit Eintritt der Rechtskraft des betreffenden Eröffnungsbeschlusses,
 - c) bei nachträglichem Wegfall einer der Aufnahmevoraussetzungen gem. § 4 a bis e der vorliegenden Satzung,
 - d) bei Ausschließung nach Abs. (2).
- (2) Liegt ein wichtiger Grund vor und haben die übrigen Vereinsmitglieder einen darauf gestützten verbindlichen Ausschließungsbeschluss gefasst, so scheidet das betreffende Mitglied mit Zugang dieses Beschlusses ebenfalls aus dem Verein aus. Als wichtiger Grund in diesem Sinne gelten insbesondere Handlungsweisen der einzelnen Mitglieder, die vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen die in § 3 definierte Zwecksetzung des Vereins verstoßen bzw. eine vorsätzliche oder grobfahrlässige Schädigung der übrigen Vereinsmitglieder nach sich ziehen.

§ 6

Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein in Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen.
- (2) Zur Zahlung von Beiträgen oder finanziellen Leistungen können die Mitglieder nur durch Beschluss der Mitgliederversammlung herangezogen werden.
- (3) Jedes Vollmitglied hat in der Mitgliederversammlung eine Stimme.

Die Gastmitgliedschaft beinhaltet kein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung.

§ 7 Beitrag

Von den Mitgliedern und den Gastmitgliedern können Beiträge, Umlagen und sonstige Leistungen gefordert werden. Über die Höhe und den Fälligkeitszeitpunkt beschließt die Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung kann den Vorstand des Vereins ermächtigen, die Höhe und die Fälligkeit der Mitgliedsbeiträge festzulegen.

§ 8 Organe

Organe des Vereins sind

- a) die Mitgliederversammlung,
- b) der Vorstand

§ 9 Mitgliederversammlung

- (1) In jedem Geschäftsjahr sollen zwei ordentliche Mitgliederversammlungen stattfinden. Die Einladung erfolgt schriftlich durch den Vorstand mit einer Ladungsfrist von drei Wochen. Beschlussanträge zur Tagesordnung sind vier Wochen vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand einzureichen.
- (2) Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn es im Interesse des Vereins erforderlich erscheint oder mindestens ein Viertel der Mitglieder dies unter Angabe der Gründe und des Zwecks schriftlich beantragt. Die außerordentliche Mitgliederversammlung wird vom Vorstand schriftlich unter Angabe von Zeitpunkt, Ort und Tagesordnung einberufen. Die Einberufung erfolgt mit einer Frist von drei Wochen.
- (3) Jedes Mitglied kann sich in der Mitgliederversammlung durch ein anderes Mitglied vertreten lassen, das jedoch nicht mehr als drei andere Mitglieder vertreten darf. Die Teilnahme anderer Personen als Vertreter oder die Teilnahme von Beratern kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung zugelassen werden.
- (4) Eine ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden oder vertretenen Mitglieder beschlussfähig.
- (5) Die Mitgliederversammlung wird von einem Mitglied des Vorstandes geleitet, das die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände bestimmt.

- (6) Über die behandelten Anträge, den Verlauf und die Ergebnisse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die der Vorsitzende zu unterzeichnen hat. Jedem Mitglied ist unverzüglich eine Abschrift der Niederschrift zuzuleiten. Der Inhalt der Niederschrift gilt als genehmigt, sofern das einzelne Mitglied ihrer Richtigkeit nicht binnen eines Monats seit Empfang gegenüber dem Vorsitzenden der Mitgliederversammlung schriftlich unter Angabe der Gründe widerspricht.

§ 10

Beschlüsse der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung trifft ihre Entscheidungen durch Beschlussfassung. Die Beschlüsse werden in der Regel in Mitgliederversammlungen gefasst. In Ausnahmefällen ist ein schriftliches Umlaufverfahren möglich.
- (2) Für eine Beschlussfassung im Rahmen der Mitgliederversammlung genügt eine Stimmenmehrheit von mehr als 50 % der anwesenden Mitglieder. Enthaltungen werden dabei nicht gezählt. Für die Beschlussfassung außerhalb der Mitgliederversammlung (z. B. Umlaufverfahren) genügt die einfache Mehrheit der zur Abstimmung berechtigten Mitglieder.
- (3) Der Zustimmung von 75 % der anwesenden Mitglieder bedürfen Beschlüsse über:
- a) Änderung der Satzung
 - b) Aufnahme neuer Mitglieder
 - c) Ausschluss eines Mitglieds nach § 5
 - d) Auflösung des Verbands
- (3) Die Unwirksamkeit eines Beschlusses der Mitgliederversammlung kann binnen einer Ausschlussfrist von zwei Monaten nach Empfang der Niederschrift über die Mitgliederversammlung oder der Mitteilung des Abstimmungsergebnisses durch Klage geltend gemacht werden. Nach Ablauf der Frist gilt ein etwaiger Mangel als geheilt.

§ 11

Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung berät und beschließt insbesondere über folgende Angelegenheiten:

- a) Bestellung und Widerruf der Bestellung des Vorstandes,
- b) Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern,

- c) Genehmigung des Jahresbudgets,
- d) Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes,
- e) Festsetzung und Erhebung von Beiträgen oder sonstigen Leistungen der Mitglieder,
- f) Änderung der Satzung,
- g) Auflösung des Vereins,
- h) Einsetzen von Arbeitsgruppen,
- i) Bestellung der Rechnungsprüfer.

§ 12 Vorstand

- (1) Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Vorsitzenden, einem Stellvertreter, dem Schatzmeister und bis zu zwei weiteren Mitgliedern. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die von der Mitgliederversammlung verabschiedet wird.
- (2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Seine Wiederwahl ist möglich. Bis zur Wahl eines neuen Vorstandes bleibt der Vorstand im Amt.
- (3) Das Amt der Vorstandsmitglieder endet vorzeitig, wenn sie es niederlegen oder die Mitgliederversammlung die Bestellung mit einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln widerruft.
- (4) Die Mitglieder des Vorstands führen die Geschäfte des Vereins in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen, dieser Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand sowie den Beschlüssen der Mitgliederversammlung.

§ 13 Beirat

Die Mitgliederversammlung kann den Vorstand beauftragen, einen Beirat zu berufen. Aufgabe des Beirates ist es, die Anliegen privater Hochschulen in Wirtschaft und Politik zu fördern.

§ 14 **Auflösung des Vereins**

- (1) Im Falle der Auflösung des Vereins erfolgt die Liquidation durch den letzten Vorstand, falls nicht die Mitgliederversammlung andere Liquidatoren bestellt.

- (2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an das CHE - Centrum für Hochschulentwicklung, Gütersloh, das es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat, oder an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für Bildung und Forschung

Frankfurt am Main, den 27. Februar 2009